**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
**Herausgeber:** Gesellschaft Schweizer Monatshefte
**Band:** 52 (1972-1973)
**Heft:** 2

**Rubrik:** Kommentar

**Nutzungsbedingungen**
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 16.12.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

# UMRISSE EINES NEUEN WELTPOLITISCHEN KRÄFTESPIELS

## *Nixons China-Besuch*

Der Staub, der durch Präsident Nixons Reise nach dem kommunistischen China aufgewirbelt worden ist, hat sich wieder gesetzt. Auch wenn die zeitliche Distanz noch zu kurz ist, um die Auswirkungen des Besuches in ihrer vollen Tragweite abzuschätzen, so treten doch einzelne Konturen der dadurch angebahnten Entwicklungen schärfer hervor. Nixon selber hat die sieben Tage seines China-Aufenthaltes mit dem lapidaren Satz kommentiert, es sei eine Woche gewesen, die die Welt verändert habe. Das ist, zumindest kurzfristig gesehen, nicht ohne weiteres zum Nennwert zu nehmen. Wie erwartet, hat der Besuch keine unmittelbar greifbaren sensationellen Resultate gezeitigt. Das gemeinsame Schlusscommuniqué von Schanghai ist über weite Strecken nichts anderes als eine nüchterne Bestandesaufnahme der beiderseitigen Standpunkte und der Differenzen, die in absehbarer Zeit kaum zu überbrücken sein werden. Der Weg zu einer Normalisierung der Beziehungen zwischen Peking und Washington, das hat der Nixon-Besuch deutlich gezeigt, ist noch immer weit und beschwerlich.

## *Gewandelte Atmosphäre*

Was sich gewandelt hat, ist weniger in politischen Fakten zu suchen als im Atmosphärischen. Zwei Jahrzehnte lang sind sich China und die Vereinigten Staaten als unversöhnliche Antagonisten gegenübergestanden; ihre Feindschaft ist gewissermassen zu einem Axiom der internationalen Politik geworden. Niemand zweifelt daran, dass die Hypotheken dieser Jahre nicht leicht abzutragen sein werden. Aber Nixons Besuch hat plötzlich erkennen lassen, dass diese Gegnerschaft zwischen der kapitalistischen Grossmacht Amerika und der kommunistischen Grossmacht China nicht unbedingt eine unwandelbare Grösse ist. Vor 1949 hat es Jahrzehnte chinesisch-amerikanischer Kooperation gegeben. Diese Tradition ist zwar unterbrochen worden, aber aus ihr heraus sind auch heute noch Anknüpfungspunkte vorhanden, die unter Umständen stärkeres Gewicht erhalten können als etwa die noch jungen und weder in Gefühl noch in Bewusstsein stark verankerten Bindungen zwischen den USA und Japan. In manchen Bereichen ist in den vergangenen Monaten die Gleichrichtung der Interessen von Washington und Peking wenigstens in Umrissen hervorgetreten. Das gilt nicht nur im Zusammenhang mit dem indisch-pakistanischen Konflikt, sondern ebensosehr in der Verteilung der machtpolitischen Gewichte in Südostasien. Es ist symptomatisch, dass die Verstärkung der amerikanischen Flottenpräsenz in diesem Raum, die zeitlich mit dem Nixon-Besuch in Peking zusammenfiel, keinen retardierenden Einfluss auf den Verlauf der Gespräche ausübte – im Gegenteil: das kommunistische China sieht darin weniger eine Bedrohung der

eigenen Interessen als eine Demonstration gegen das Übergreifen der Sowjetunion in Richtung Indischer Ozean und Südchinesisches Meer.

### *Neuorientierung in Asien*

In dieser in Bewegung geratenen Umwelt suchen die asiatischen Staaten neue Orientierungspunkte. Das betrifft vor allem Japan. Seit Ende des Zweiten Weltkrieges war es, in enger Anlehnung an die Vereinigten Staaten, deren Vorposten und engster Verbündeter im Fernen Osten gewesen. Nun sieht es sich plötzlich zurückversetzt in eine Lage, die in ihrer Doppelkonfrontation gegen Amerika und China unverkennbar Analogien mit den dreissiger Jahren aufweist. Japan wird hier neue Wege gehen müssen, und es wird versuchen, seine Stellung in dem Dreierkräftespiel zwischen Moskau, Peking und Washington zu fixieren. Dass Tokio daran ist, seine Beziehungen zum kommunistischen China zu überprüfen und den veränderten Bedingungen anzupassen, zeigte die Erklärung Ministerpräsident Satos im japanischen Parlament unmittelbar nach der Rückkehr Nixons in die Vereinigten Staaten; das Abrücken der USA von Taiwan ist in Japan als Alarmzeichen verstanden worden. Aber auch im Verhältnis zur Sowjetunion zeichnen sich für das fernöstliche Inselreich neue Entwicklungen ab; in welcher Form und wie weit der Kreml hier das machtpolitische Spiel zu aktivieren gedenkt, lässt sich im Augenblick noch nicht übersehen.

### *Moskauer Reaktionen*

Dass Moskau in irgend einer Weise auf die Umschichtungen in Asien reagieren muss, ist sicher. Bisher hat sich die Sowjetunion darauf beschränkt, das wütende agitatorische Sperrfeuer gegen das kommunistische China zu einem neuen Furioso anschwellen zu lassen und sich im übrigen darauf konzentriert, die gegenüber Europa betriebene Politik der Entspannung weiter zu intensivieren. Das geschah vor allem in verbalen Demonstrationen. Vor dem Gewerkschaftskongress in Moskau hat am 20. März Generalsekretär Breschnew Bonn erneut ermahnt, die Verträge mit der Sowjetunion und Polen zu ratifizieren; gleichzeitig hat der sowjetische Parteiführer zum erstenmal freundliche Worte an die Adresse der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gefunden.

Das ist zwar nicht überaus sensationell, aber doch ein bezeichnendes Symptom dafür, dass Russland an seiner westlichen Flanke Ruhe wünscht, so lange die Situation in Asien ungeklärt und voller Unsicherheiten für die sowjetische Position ist. Wie weit diese Geste Breschnews gegenüber der EWG mehr ist als nur ein taktischer Schachzug, wird sich weisen müssen. In der Vergangenheit waren Russlands Interessen stets darauf gerichtet gewesen, mit den kleineren und grösseren Mächten des europäischen Kontinentes einzeln, auf bilateralem Wege, zu verhandeln. Bisher gibt es keine zwingenden Anzeichen dafür, dass der Kreml von dieser Linie abzuweichen gedenkt. Breschnew hat jedoch in letzter Zeit die Europapolitik der UdSSR so offensichtlich zu seiner eigenen Sache gemacht und sich so deutlich persönlich engagiert, dass er nun – ganz abgesehen von den Entwicklungen in Asien – schon aus diesem Grund alle Hebel in Bewegung setzt, um einen Rückschlag dieser seiner Politik zu vermeiden.

*Faktor Europa*

Man könnte in der freundlichen Beurteilung der EWG durch den sowjetischen Parteichef ein Zeichen der wachsenden Bedeutung der Europäischen Gemeinschaft sehen, welche durch die bevorstehende Erweiterung zu einem Faktor wird, den auch der Kreml in sein Kalkül einsetzen muss. Tatsächlich wird die EWG nach einem Beitritt Grossbritanniens neues und vermehrtes Gewicht erhalten. Gewisse Rückwirkungen, direkt oder indirekt, auf die Ostpolitik der Mitgliedstaaten sind nicht auszuschliessen. Von allen europäischen Ländern hat Grossbritannien unter der Führung des konservativen Kabinettes Edward Heath gegenüber der von Moskau so eifrig propagierten Entspannungseuphorie bisher die grösste Skepsis gezeigt.

Die Sowjetunion hat darauf bisher zurückhaltend reagiert, möglicherweise aus der Überlegung heraus, dass mit allzu schroffer Agitation eine kontraproduktive Wirkung erzielt würde. So kühn die Konzeptionen von Heath auch scheinen, so ist doch offensichtlich, dass er sich innenpolitisch auf einem schwankenden Seil bewegt. Zwar garantieren ihm die Mehrheitsverhältnisse in Westminster eine ausreichende parlamentarische Basis. Aber die Belastungsproben der vergangenen Monate – Bergarbeiterstreik, Nordirlandfrage, EWG – haben gezeigt, dass bei gewissen Konstellationen die Majorität rasch dahinschmelzen könnte. Ob unter diesen Voraussetzungen Grossbritannien zu einem politisch bestimmenden Faktor innerhalb des neuen europäischen Zusammenschlusses werden kann, bleibt ungewiss. In dem neuen weltpolitischen Kräftespiel, das durch Nixons China-Besuch wenigstens andeutungsweise Form und Gestalt erhielt, hat Europa noch nicht die Rolle gefunden, die ihm angesichts seines bevölkerungsmässigen und wirtschaftlichen Potentials zukommen sollte.

*Alfred Cattani*

## FÜNFZIG JAHRE SOWJETISCHE PIONIERBEWEGUNG

*Am 19. Mai 1922 wurde in Sowjetrussland die Pionierbewegung gegründet und damit eine systematische Jugendpolitik eingeleitet. Wir nehmen das Jubiläum zum Anlass, über die heutige Erziehungsarbeit in der UdSSR berichten zu lassen und damit den «Dialog», der im letzten, dem Jugendproblem gewidmeten Sonderheft angepeilt wurde, fortzusetzen.*

*Die Red.*

*Jugend zwischen Staat und Familie*

Wie verschiedene sowjetische Parteidokumente (u. a. die beiden Parteiprogramme von 1919 und 1961) betonen, ist die Heranziehung des «neuen Menschen», der vom kommunistischen Bewusstsein durchdrungen ist, eine der wichtigsten Aufgaben von Partei, Jugendbewegung und Schule. Da dieses Bewusstsein nicht automatisch entsteht, muss es durch gelenkte und koordi-

nierte erzieherische Arbeit von Elternhaus, Schule und Jugendorganisation herangebildet werden. 1959 erklärte Chruschtschew auf dem ersten Allrussischen Pädagogenkongress, die Kindererziehung sei «keine persönliche Angelegenheit der Eltern», Partei und gesellschaftliche Organisationen dürften hier keine neutrale Stellung einnehmen. «Der erzieherische Einfluss der Familie auf die Kinder muss immer mehr mit der gesellschaftlichen Erziehung organisch verbunden werden.»

Unzählige offizielle Erklärungen und wissenschaftliche Werke betonen, nur eine planmässig gelenkte Kindererziehung sei imstande, den wichtigsten Charakterzug des «neuen Menschen», den Sinn für Kollektivismus, auszubilden, welcher die einheitliche Weltanschauung und die sich aus ihr ergebenden Sitten und Handlungen garantiert. Der Mensch dürfe sich von der Gesellschaft nicht isolieren, sondern müsse in ihr aufgehen; er sei kein Einzelheld, sondern Mitglied eines Kollektivs, wie auch die Familie nur als Bestandteil einer grösseren Gemeinschaft ihre Funktionen ausüben könne. So müssten der Familie im Interesse der Gemeinschaft immer mehr Funktionen entzogen und dieser übertragen werden.

Die Jugend war und bleibt dem Einfluss feindlicher Ideologien ausgesetzt, die ihr den Individualismus aufzwingen wollen, weshalb Hauptaufgabe der kommunistischen Jugend- und Kinderbewegung die Bekämpfung feindlicher Ideologien und die Erziehung zum Kollektivismus, zur Unterordnung der Privatinteressen unter diejenigen der Gemeinschaft ist. Um Kinder und Jugend planmässig und koordiniert erziehen zu können, wurde zwischen 1918 und 1924 eine dreigliedrige, aber einheitliche Jugendbewegung aufgebaut:

1. Der Kommunistische Jugendbund *(Komsomol)* für Jugendliche im Alter von 14 bis 28 Jahren (1918 gegründet);
2. die *Pionierorganisation* für Kinder im Alter von 10 bis 14 Jahren (1922 gegründet);
3. die Organisation der «*Oktjabristen*» für Kinder im Alter von 7 bis 10 Jahren (1924 gegründet).

Die ideologische und zum Teil auch organisatorische Einheit der Bewegung wird u. a. dadurch garantiert, dass 1. der Komsomol die Jugendabteilung der KPDSU ist, 2. die Pionierorganisation «im Auftrag der KP» vom Komsomol geleitet wird, 3. die Oktjabristenorganisation ein «autonomer Teil» der Pionierorganisation ist.

## *Zehn Gebote*

Die Pionierbewegung wurde von der Zweiten Allrussischen Komsomolkonferenz am 19. Mai 1922 gegründet; der Fünfte Komsomolkongress im Oktober desselben Jahres verabschiedete dann die bis heute geltenden Prinzipien der Bewegung: Erziehung der Kinder zum sozialen Gemeinschaftsleben, zur gesellschaftlichen Aufbauarbeit und zum aktiven Einsatz im Kampf für das proletarische Klassenideal. Neben dem Grundsatz «Wir Pioniere kämpfen für die neue, sich auf Arbeit stützende Gesellschaft in der neuen Welt» wurden eigentliche Gesetze vorgeschrieben. Die heutigen zehn Gebote lauten:

«— Der Pionier liebt seine Heimat und die KPDSU. Er bereitet sich vor, dem

Allunionistischen Leninschen Kommunistischen Jugendbund (ALKJV/ Komsomol) beizutreten,
— der Pionier ehrt das Andenken jener, die im Kampf für die Freiheit und die Blüte der Sowjetunion ihr Leben opferten,
— der Pionier hält Freundschaft mit allen Kindern der ganzen Welt,
— der Pionier lernt fleissig, er ist diszipliniert und höflich,
— der Pionier arbeitet gern und schont das Volkseigentum,
— der Pionier ist ein guter Kamerad, er sorgt für die jüngeren und hilft den älteren,
— der Pionier sagt die Wahrheit, er bereichert die Ehre seines Trupps,
— der Pionier härtet sich ab, macht täglich Körperübungen,
— der Pionier liebt die Natur, er schont Grünpflanzungen, Nutzvögel und -tiere,
— der Pionier ist ein Beispiel für die Kinder.»

«Ich, Jungpionier der Sowjetunion», heisst das Pioniergelöbnis, «gelobe vor meinen Kameraden feierlich, mein sowjetisches Vaterland tief zu lieben, leben, lernen und zu kämpfen wie der Grosse Lenin im Testament vorschrieb und wie die KP es lehrt.» Der Pioniergruss «Zum Kampf für die Sache der KP sei bereit!» verlangt nach der Antwort: «Immer bereit!»

Ein wesentlicher Unterschied zwischen Komsomol und Pioniertum besteht darin, dass im Komsomol ein kompliziertes Aufnahmeverfahren vorgesehen ist und nur etwa ein Drittel der Jugendlichen im entsprechenden Alter Mitglieder sind (27 Millionen), während in die Pionierorganisation seit den dreissiger Jahren jedes Kind aufgenommen wird, das sich um die Mitgliedschaft bewirbt. Heute sind praktisch alle Schüler der Grundschulen Pioniere oder Oktjabristen (insgesamt 23 Millionen). Im ersten Jahrzehnt galten aber auch in der Pionierbewegung die Klassenprinzipien: 1925 waren nur 24,3% der Schüler Pioniere; 1931 gab es ihrer 3,4 Millionen, 1936 6,8 und 1940 14 Millionen.

Die Pioniere ihrerseits werden nach Altersgruppen in Kategorien eingestuft, an welche verschiedene Anforderungen gestellt werden:

*Erste Kategorie* (Schüler der III. und IV. Klassen): Jährlich zweimalige Teilnahme an Märschen; Anzünden von Lagerfeuern, Zubereitung von Essen auf Lagerfeuern usw.

*Zweite Kategorie* (Schüler der V. und VI. Klassen): Kampf gegen Schädlinge in der Landwirtschaft; genau vorgeschriebene Sportleistungen; Orientierung nach Sonne, Mond, Sternen usw.; Kenntnis in Morse, Signalisierung mit Flaggen; Erste Hilfe; Märsche usw.

*Dritte Kategorie* (Schüler der VII. und VIII. Klassen): Teilnahme an Reparaturarbeiten und an Sportwettkämpfen; Erkämpfung eines GTO-Abzeichens («Bereit für Arbeit und Verteidigung»); Teilnahme an mindestens drei Märschen pro Jahr, die je drei bis fünf Tage dauern; Orientierung nach der Landkarte; Bekämpfung von Hindernissen in der Natur; medizinische Hilfe usw.

## *Perfekte Organisation*

Grundzelle des Pionierwesens ist die Organisation (druschina) in der Schule; die einzelnen Klassen bilden je einen

Trupp und dieser teilt sich in Gruppen (zveno). An der Spitze der Organisation und des Trupps steht je ein Rat unter der Führung eines Oberpionierleiters (Organisation) bzw. Leiters (Trupp). Die schulischen Pionierorganisationen schliessen sich in Stadt-, Bezirks-, Gebiets- und Republikorganisationen bzw. auf Unionsebene zusammen mit einem entsprechenden Rat an der Spitze, welcher dem parallelen Komsomolkomitee – der Zentralrat beispielsweise dem ZK des Komsomol – untersteht. 1970 gab es 118 000 Pionierorganisationen und 800 000 Trupps; die Zahl der Oberleiter und Leiter bleibt jedoch hinter dem Bedarf zurück (80000 vollamtliche Oberleiter, welche mit den ebenfalls vollamtlichen 40 000 Organisatoren der ausserschulischen Arbeit zusammenwirken). Pionierleiter werden an 116 pädagogischen Hochschulen ausgebildet, und an weiteren 17 Hochschulen gibt es Abteilungen für «Methodisten der Pionierarbeit». Die Oberleiter bekommen ihre Ausbildung an den sogenannten Universitäten für Pionieroberleiter (Unterrichtsdauer 1 bis 2 Jahre).

Innerhalb des Pionierlebens spielen die ausserstädtischen und städtischen Ferienlager, welche ihrerseits eigene provisorische Organisationen bilden, eine grosse Rolle. In diesen Lagern ist jedem Pionier die Möglichkeit gegeben, die für seine Kategorie vorgesehenen Sportleistungen, besonders die GTO-Normen, zu erfüllen. Die Kinder leisten einige Stunden gemeinnützige Arbeit, und nachher werden sie in Zirkeln (etwa für Technik, Sport, Literatur) unter der Leitung von fachgebildeten Instruktoren beschäftigt. Für besonders begabte Physiker, Sportler usw. gibt es Speziallager. Jährlich werden heute 5 bis 6 Millionen Kinder in den ländlichen Lagern untergebracht, für die übrigen stehen die städtischen Lager zur Verfügung, welche nach denselben Prinzipien organisiert sind, wobei die Kinder jedoch die Nacht zu Hause verbringen.

Sowohl in den Ferien als auch während des Schuljahres werden die Kinder zudem in Pionierpalästen und -heimen in fachbezogenen Zirkeln von entsprechenden Instruktoren ausgebildet. Von 1935 an wurden praktisch in allen grösseren Städten Pionierpaläste gebaut; 1962 gab es ihrer 4000, heute existieren etwa doppelt so viele. Besondere Aufmerksamkeit wird hier dem wissenschaftlichen Atheismus, der Propagierung der Technik, den Sportwettkämpfen, «Spartakiaden», Märschen und Ausflügen gewidmet.

Zu jeder Pionierorganisation, neuerdings sogar zu jedem Trupp, gehört eine entsprechende Oktjabristengruppe. Als Leiter werden von den Komsomolkomitees die besten Komsomol-Pioniere ernannt. Für die Oktjabristen gelten folgende Gesetze:

«— Die Oktjabristen sind die künftigen Pioniere,
— die Oktjabristen sind fleissige Kinder, sie lernen gut, lieben die Schule, achten die Älteren,
— nur jene, die die Arbeit lieben, nennt man Oktjabristen,
— die Oktjabristen sind ehrliche und wahrheitsliebende Kinder, sie leben fröhlich.»

*Die Verteidigung der Heimat...*

Der auch heute geltende Beschluss des Komsomol-Zentralkomitees vom De-

zember 1929 schrieb die *Militarisierung* des Sportwesens, sogar des Kindersportes vor und ordnete die Organisation von Kriegsspielen, Märschen, Übungen in Signalisierung, Topographie, im Aufklärungsdienst für Pioniere an. Seit der Verabschiedung des Wehrgesetzes von 1967 ist für Jugendliche über 15 Jahren die obligatorische vormilitärische Ausbildung vorgeschrieben. Die Pionierorganisation besorgt die militärische Erziehung der Kinder meistens in Zusammenarbeit mit einer Militäreinheit (Betreuung der Schule durch eine Kaserne). Die Soldaten helfen dann mit bei der Organisation von Schiessübungen und anderen Kriegsspielen. Von grosser Bedeutung sind die für die Kinder veranstalteten Wettkämpfe in Wehrsport und die mit Kriegsspielen verbundenen «Allunionsmärsche» sowie die «Spartakiaden». Am «Allunions-Kriegsspiel Sarnitza» (=Wetterleuchten) nehmen jährlich etwa 15 Millionen Kinder teil, an den mit Kriegsspielen verbundenen Wehrsportwettkämpfen «Ausland» etwa 16 Millionen. In den Schulen werden Museen, Zimmer und Ecken «des Militärruhmes» eingerichtet; in die «Vereine der Jungen Freunde» der Grenzsoldaten, Panzersoldaten usw. werden auch Pioniere aufgenommen. Zudem obliegt es den Pionieren, die Gräber der gefallenen Soldaten zu pflegen.

*Die Erziehung zur Arbeit* erfolgt sowohl in der Schule als auch in der Pionierbewegung: in Sommerlagern und bei verschiedenen Herbstaktionen. Pioniere gehen aufs Land und sind den Bauern bei Agrararbeiten wie Ernte und Weinlese behilflich.

*Die ideologisch-politische Erziehung* beruft sich auf die Gefahr einer «bürgerlich-kapitalistischen geistigen Infiltration»: «Die bürgerliche Propaganda führt einen massiven ideologischen Angriff auf die Jugend (...); während der letzten Jahre haben sich die Angriffe der Ideologen des Imperialismus (...) verschärft. (...) In der ideologischen Subversion gegen die Sowjetunion setzt die bürgerliche Propaganda ihre Hoffnung auf die Belebung religiöser und nationalistischer Überreste im Bewusstsein der Jugend; es werden Versuche unternommen, in der Jugend Zweifel am Sieg der Ideale des Kommunismus hervorzurufen» (Handbuch des Parteifunktionärs). Demgegenüber wird in den Pionierpalästen und -heimen eifrig am kommunistischen Weltbild der Kinder gearbeitet.

Die Systematik solcher Erziehung erreicht schliesslich in den Wohnbezirken ihre grösste Dichte. Die Pionierräte der schulischen Organisationen schaffen hier Pionier- und Oktjabristengruppen, welche in den Hausblöcken eine «Kinderautonomie» bilden. Die in den Hausblöcken tätigen Mieterräte verfügen dann über eine kleine Gruppe für die Leitung dieser «Autonomie», welche damit einer doppelten Abhängigkeit untersteht (Schule und Hausrat). Der Komsomol wurde verpflichtet, in den Wohnbezirken Sportsektionen und Zirkel nach besonderen Interessengebieten zu organisieren. Dies sind die «operativen Kinderabteilungen» der Bezirkskomitees des Komsomol, welche das Funktionieren der Kinderautonomien im Bezirk koordinieren. Schon eine Verordnung des Volkskommissarenrates der RSFSR (Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik) vom 7. Oktober 1938 ermächtigte die Lokalsowjets, 1–2% aller Einnahmen der Hausverwaltungen zu diesem Zwecke zu verwenden (Einrichtung von Lenin-Zim-

mern, Roten Ecken, Kauf von Spielzeugen, Sportausrüstungen usw.); diese Verordnung wurde 1960 durch eine weitere des Ministers für Kommunalwirtschaft der RSFSR ergänzt.

### *...und Solidarität über die Grenzen*

Über die erwähnten Zielsetzungen hinaus wird eine Erziehung zur internationalen Solidarität mit den proletarischen Kindern des Westens und der Dritten Welt angestrebt. Vor dem Krieg gab es sogenannte Zirkel der «Jungen Freunde der MOPR» (Internationale Organisation zur Hilfe für die Kämpfer der Revolution), welche unter Losungen wie «Wir errichten den Fonds zum Kampf gegen Hunger und Elend in den kapitalistischen Ländern», «Wir unterstützen den Kampf der Kinder der Werktätigen in den kapitalistischen Ländern», Geld sammelten. Diese Unterstützung vollzieht sich heute – wesentlich erweitert – im Rahmen des Sowjetischen Friedensfonds, wobei für einzelne Geldsammlungen nach wie vor Kinder eingesetzt werden.

Es gibt kein Land der Welt, das sich für die Kindererziehung so engagiert wie die Sowjetunion. Dass diese Erziehung trotzdem nicht wirksam genug ist, beruht hauptsächlich auf der Vielgleisigkeit, dem bürokratischen Vorgehen und der Jagd «nach den grossen Zahlen».

*László Révész*

## AUSLÄNDER UNTER UNS

Unser Fremdarbeiterproblem lässt sich in volkswirtschaftlichen Zahlen und Prozenten ausdrücken; deren politische Brisanz ist mit dem 7. Juni 1970 deutlich geworden. Dabei muss gerade hier der Begriff «politisch» seinen ursprünglichen Wortsinn erweisen: Hinter der hohen Zahl von Ausländern, die bei uns arbeiten und wohnen, steckt ein öffentlicher Fragenkomplex, der mit behördlichen Massnahmen allein nicht zu bewältigen ist. Der einzelne ist angesprochen: Sind wir in der Lage, das, was an der Front als Informationslücke, als Mangel an Nachbarschaftsdynamik sichtbar wird, aufzuholen durch gezielte, vielleicht mühsame Schritte, durch private, kommunale – koordinierte Arbeit, begleitet von einem Blick in die Zukunft, der sich weniger am Mythos als an der Möglichkeit einer schweizerischen Gesamtregeneration orientiert?

Dies mag einigermassen vage klingen. Tatsache ist, dass eine aktive Eingliederungspolitik den Willen des Schweizers implizieren muss, nicht lediglich Assimilation zu fordern, sondern sie zu ermöglichen und gar seinerseits zu leisten. Gegenseitige Annäherung hiesse demnach Flexibilität ohne Absage an den eigenen Standort; der Standort wird dort flexibel, vorurteilslos, wo sich die Suche nach dem eigenen Selbstverständnis entkrampft. Die sozialpsychologischen Fragestellungen, die damit auftauchen, verlangen auf wissenschaftlicher Ebene nach einer verstärkten Forschungskooperation; sie müssten im Kontext der jüngsten

schweizerischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte gesehen werden, damit das Verständnis als Antwort auf die Frage «Weshalb kam es so weit?» sich vertieft und Entscheidungshilfen für die Zukunft ermöglicht. In der Praxis gilt es, dem Problem jenen verpflichtenden Stellenwert zu geben, der allein Lösungen verspricht: die Bereitschaft, das, was aus volkswirtschaftlichen Gründen nicht rückgängig gemacht werden kann, weniger zu erleiden als zu gestalten.

Voraussetzung solch aktiver gegenseitiger Annäherung ist ein intensiver Informationsfluss in beiden Richtungen: für die Ausländer über die Schweizer und umgekehrt. Die Integrationsbarrieren sind bekannt: Das Sprachenproblem etwa, die andersartigen politisch-kulturellen Wertvorstellungen, die minderen Berufschancen der Zugezogenen, der Identitätskonflikt bei Ausländerkindern usw. Sind Lösungen für die Alltagsschichten, wo die Friktionen, die Missverständnisse von Mensch zu Mensch sich einstellen und ihre Kreise ziehen, genugsam erprobt? Nicht nur die fundamentalen Fragen einer vollen Integration (die Frage der Bürgerrechtsverleihung etwa), sondern auch die «Tangenten-Probleme», wie sie sich beim Potential der kurzfristig anwesenden Ausländer ergeben, sind zu bedenken.

*

Es ist ausserordentlich verdienstvoll, dass ein Arbeitsbericht, den die Schaffhauser Gruppe der Neuen Helvetischen Gesellschaft letzten Herbst vorgelegt hat, in der Empfehlung gipfelt, einen kantonalen Informations- und Koordinationsdienst für Ausländer zu schaffen. Dieser hätte in erster Linie «die Aufgabe einer ‹Drehscheibe›, welche die Verbindung zu den entsprechenden Fachstellen übernehmen, herstellen oder vermitteln würde». Es folgt ein Katalog von praktischen Dienstleistungen: So könnte ein derartiger Koordinationsdienst die Massnahmen der einzelnen, mit den Ausländern befassten Gremien aufeinander abstimmen und den Verkehr des Fremdsprachigen mit Amtsstellen und Behörden erleichtern; als Informationsdienst würde er Auskünfte über Rechts-, Steuer- und Versicherungsfragen, über Berufsprobleme und den Arbeitsmarkt bis hin zu Motorfahrzeug- und Verkehrsfragen vermitteln; er könnte etwa als Nachweisdienst bei der Suche nach Unterkünften, nach Zimmern und Wohnungen dienen und die Übersetzung von Arbeitsbedingungen, von Verträgen und Instruktionen besorgen; er würde den Kontakt mit den verschiedenen Ausländerorganisationen pflegen und gemeinsame Veranstaltungen für Ausländer und Schweizer durchführen.

Damit wird Basisarbeit angepeilt. Es ist folgerichtig, wenn die NHG-Gruppe im weiteren «auf eidgenössischer Ebene sowohl beim Radio als auch beim Fernsehen einen Beauftragten für Ausländerfragen» fordert, «der die verschiedenen Sendungen über und für Ausländer mitplant und vor allem koordiniert. Die Möglichkeiten von Radio und Fernsehen, den Schweizern die bei uns ansässigen Ausländer und diesen die Schweizer näherzubringen, sind noch nicht genügend und überzeugend ausgeschöpft».

*

Information contra Vorurteil und Missverständnis: dies setzt Kleinarbeit, die

Geduld der kleinen Schritte voraus. Unsere Demokratie bietet Handhaben für solch subtile Aktivitäten; die Chance ist zu nutzen. Dabei sei keineswegs übergangen, dass in Betrieben, privaten Organisationen und auf Gemeindeebene schon vieles im Tun ist; das Erlenbacher Forum «La Baracca» beispielsweise hat sich zu einer Kontaktstätte für Ausländer und Schweizer entwikkelt, die manches, was sonst als beidseits unverdauter Bodensatz liegenbliebe, in sich auszutragen vermag.

So wird der Schaffhauser NHG-Bericht für den Schweizer zumal dort relevant, wo er für unser Bild vom Ausländer klare Konturen (vielleicht Korrekturen?) vermittelt: Anhand von statistischem Material – das sich nur auf den Kanton Schaffhausen bezieht – wird nachgewiesen, dass die Geburtenrate, die mangelnde Arbeitspräsenz und die Kriminalität bei Ausländern keineswegs so hoch sind, wie die öffentliche Meinung suggeriert.

Damit sind lediglich Stichworte gegeben. Das kurz Skizzierte mag als kleiner Auftakt gelten für spätere Kommentare, die das Ausländerproblem aus speziellem Blickwinkel angehen sollen.

*Roland Stiefel*

## DIE SPANISCHEN SCHRIFTSTELLER UND DIE ZENSUR

Wer heute als Ausländer nach Spanien reist und sich ferienhalber oder beruflich kürzere oder selbst auch längere Zeit dort aufhält, wird sich kaum in einem Polizeistaat fühlen, und sogar viele Spanier werden die Franco-Diktatur keineswegs als Beeinträchtigung ihrer persönlichen Freiheit und ihrer Entfaltungsmöglichkeiten empfinden. Vielleicht wären sie durchaus überrascht, wenn sie erführen, dass es ganze Gruppen friedlicher Bürger gibt, die in Ausübung ihres Berufes täglich damit rechnen müssen, Opfer der Polizeiwillkür zu werden, ihres Brotkorbes verlustig zu gehen oder sogar ins Gefängnis zu wandern. Es liegt auf der Hand, dass dies in erster Linie für die Intellektuellen gilt, gehört diese Erscheinung doch zum Wesen der Diktatur. Zu den materiellen Schwierigkeiten, mit denen ein Spanier, der von der Feder leben will, schon seit eh und je hat rechnen müssen (in Spanien sind die Intellektuellen eigentlich immer eine wenig beachtete und einflusslose Minderheit gewesen), kommt seit dem Bürgerkrieg die strenge Zensur hinzu, die die Entfaltung der geistigen Möglichkeiten empfindlich beschneidet. Man ist sich als Leser viel zu wenig bewusst, dass in Spanien immer noch jeder zum Druck bestimmte Text zensuriert wird und nur erscheinen darf, was den Zensoren genehm ist. Daran hat auch das neue Pressegesetz, das als Liberalisierung ausgegeben wurde, nur wenig geändert. Ziemlich erbittert sagte der junge Erzähler Daniel Sueiro in einem Vortrag: «...Minister und Beamte haben zwar gewechselt, neue Gesetze sind in Kraft getreten, wir haben eine ‹Ley de Prensa e Imprenta› (Presse- und Druckereigesetz), die ‹Ley orgánica del

Estado› (das organische Staatsgesetz), die Zensur nennt sich nun bibliographische Information, freiwillige Beratung und dergleichen (...), aber nach wie vor dürfen unsere Bücher nicht erscheinen, wenn sie nicht vorher zensuriert werden, das heisst mit Rotstift an einigen Stellen angestrichen sind, oder je nachdem werden sie auch ganz unterschlagen, wenn es jemandem so besser passt. Werden sie hingegen ohne diese Erlaubnis gedruckt, können sie beschlagnahmt werden, bevor ein einziger Leser sie zu Gesicht bekommen hat, und wir können vor Gericht gestellt, verurteilt und vermutlich eingesperrt werden...» Dazu ein Beispiel aus allerjüngster Zeit: im Brief vom 14. März 1972 schreibt Ramón Nieto, ein vielversprechender Autor der jungen Generation: «Anfangs Februar ist mein Roman ‹La señorita B› erschienen, wurde aber schon 48 Stunden später vom ‹Juzgado de Orden Público› (Gericht für öffentliche Ordnung) beschlagnahmt. Auf morgen bin ich vorgeladen, und es wird der übliche Prozess eröffnet werden. Ich hoffe zwar, das Urteil falle nicht allzu hart aus, denn das Buch war ja noch nicht im Handel gewesen.» Wenn man Ramón Nietos bescheidene, stark verinnerlichte Geschichten kennt, versteht man nicht, was er so Staatsgefährdendes über die Señorita B geschrieben haben könnte... Nach wie vor werden auch immer wieder Zeitungen und Zeitschriften für kürzere oder längere Zeit verboten oder je nachdem einzelne Nummern beschlagnahmt. Und wenn dies heute weniger häufig geschieht als in den ersten Jahren nach dem Bürgerkrieg, so liegt es weniger an der Liberalisierung als an dem in jahrzehntelanger Gewöhnung geschärften Gespür der Journalisten und Verleger, was noch durch die Maschen schlüpfen kann und was nicht. Trotzdem ist erst vor zwei Jahren wieder einmal eine Nummer der international bekannten Literaturzeitschrift ‹Insula› beschlagnahmt worden, und erst kürzlich musste die noch junge, so gut es ging, liberale Tageszeitung ‹Madrid› ihr Erscheinen ganz einstellen (wieviele Arbeiter und Angestellte von einem Tag auf den andern auf die Strasse gestellt wurden und welche Schwierigkeiten sie haben, irgendwo unterzukommen, hat die Öffentlichkeit natürlich nicht erfahren). «Der Bürgerkrieg ist noch nicht zu Ende, er wird nur mit andern Mitteln geführt, ist ein in Spanien so oft geäusserter Satz, dass er schon fast sprichwörtlich wirkt.

Es versteht sich fast von selbst, dass die Intellektuellen im allgemeinen, die Schriftsteller und Journalisten aber im besonderen, sich als Frontkämpfer fühlen. Dass dabei jeder auf sich selbst gestellt ist, weder Gruppierungen noch irgendwie gemeinsames Vorgehen beobachtet werden können, ist wohl typisch für den althergebrachten spanischen Individualismus. Zudem spielt sich das Seilziehen fast ganz hinter den Kulissen ab, und weder Erfolge noch Misserfolge werfen hohe Wellen. So sind die Auswirkungen der seit nunmehr über dreissig Jahren bestehenden Zensur nur schwer fassbar. Man muss vom konkreten Einzelfall ausgehen und aus der Addition einer Reihe ähnlich gelagerter Fälle Entwicklungslinien zu erkennen versuchen.

Die sichtbarsten Erfolge können wohl die Exilschriftsteller vorweisen. Bei uns ohne Zweifel am bekanntesten ist Salvador de Madariaga, dank seiner vielseitigen politischen, schriftstellerischen und publizistischen Tätig-

keit, dank seiner Mehrsprachigkeit auch, und nicht zuletzt dank dem Umstand, dass er in Grossbritannien wirkt. Wer sich jedoch in Spanischamerika niederliess – und dies sind die meisten –, blieb in seiner Wirkung fast nur auf den spanischen Sprachraum beschränkt. Darum wissen eigentlich nur die Eingeweihten, wie unermüdlich und unter wie schwierigen äusseren Bedingungen sie versuchen, der Stimme des republikanischen Spanien in der Welt Gehör zu verschaffen. Aber indem sie sich die schrecklichen Erlebnisse im Krieg, auf der Flucht, im Gefangenenlager und im Exil von der Seele schreiben, werden sie gleichzeitig für das offizielle Spanien zu unbequemen Zeugen, die man mit strengen Verboten unschädlich zu machen suchte. Es spricht für den hohen künstlerischen Rang ihrer Werke und zeigt zugleich, dass die regimefreundlichen Autoren bei weitem nicht an sie heranreichen, dass die Zensur unter dem Druck der Intellektuellen in Spanien und im Ausland sich in den letzten Jahren zu einer gewissen Duldung mit Vorbehalt bequemen musste. Exilschriftsteller können seit einigen Jahren Einreisebewilligungen erhalten, hie und da wird ihnen eine Zeitschriftenspalte geöffnet, es ist sogar möglich, dass das eine oder andere ihrer Bücher in Spanien erscheint. Doch ist der äussere Schein leider trügerisch: Manuel Andújar zum Beispiel ist 1967 für ganz nach Spanien zurückgekehrt, trotzdem ist sein noch im mexikanischen Exil geschriebener Bürgerkriegsroman vor Jahresfrist von der Zensur zurückgewiesen worden. Francisco Ayala (er wirkt in Chicago als Literaturprofessor) hat eine Eigentumswohnung in Madrid und hält sich jedes Jahr zwei bis drei Monate in Spanien auf, aber seine vom grossen Madrider Verlag ‹Aguilar› herausgegebenen ‹Gesammelten Werke› mussten in der mexikanischen Filiale erscheinen und dürfen in Spanien nicht verkauft werden. Sogar Max Aub, der seit 1942 als freier Schriftsteller in Mexiko lebt, hat sich 1969 entschlossen, Spanien zu besuchen, und in den letzten Jahren sind einige seiner Werke in spanischen Verlagen erschienen; aber solange seine grossen Bürgerkriegsromane, -erzählungen und -theaterstücke strikte verboten sind, wird dem spanischen Leser trotz allem diese bedeutende Schriftstellerpersönlichkeit vorenthalten. Ramón Sender (er lebt als emeritierter Literaturprofessor in Los Angeles) ist 1969 für einen mittelmässigen Roman der publizistisch wichtige ‹Premio Planeta› zugesprochen worden, doch übertüncht man auf diese Weise eigentlich nur das Fehlen seiner wichtigen Romanwerke in spanischen Buchhandlungen. Solche und ähnliche Vorkommnisse sind an der Tagesordnung. Sie zeigen, dass der Liberalisierung kein Gesinnungswandel des Regimes zugrunde liegt. Es werden lediglich einige äussere Zugeständnisse gemacht, damit dem Schein Genüge getan ist. Die Exilschriftsteller sind trotz der lautstark propagierten ‹Aktion Rückkehr› nach wie vor auf ausländische Verleger und Leser angewiesen.

Die Schriftsteller, die in Spanien geblieben waren, hatten nach dem Sieg der Franco-Truppen nichts zu lachen. Wer sich nicht zum Sprachrohr des neuen Regimes machen wollte, wanderte ins Gefängnis. Allerdings hatten die Erschiessung Francisco García Lorcas in den ersten Kriegstagen, der Tod Antonio Machados (des wohl bedeutendsten spanischen Lyrikers unseres Jahrhunderts) auf der Flucht in den

letzten Kriegstagen und vor allem der Tod des jungen Lyrikers Miguel Hernández 1942 in einem Franco-Gefängnis im In- und Ausland dermassen Bestürzung und Abscheu erregt, dass man vorsichtig wurde. Die Methoden, unbequeme Intellektuelle unschädlich zu machen, wurden subtiler. So öffneten sich wohl im Laufe der Jahre die Gefängnistore, doch die ohnehin schwierige Aufgabe, im darniederliegenden Nachkriegsspanien eine Existenz aufzubauen, wurde für die zu Feinden des Regimes Gestempelten zur Unmöglichkeit. Die meisten hatten schon Mühe genug, einen Brotberuf zu finden, und sahen sich gezwungen, das Schreiben bleiben zu lassen. Einige wenige sind in den letzten Jahren wieder als Schriftsteller hervorgetreten, aber es wird wohl nie möglich sein, die der Literatur auf diese Weise verlorenen Persönlichkeiten jemals festzustellen. Als Beispiel für diese Gruppe mag der international bekannte Madrider Kunsthistoriker Juan Antonio Gaya Nuño gelten, der den ganzen Krieg an der Front mitgekämpft hatte und nachher vier Jahre im Gefängnis war. Um wenigstens sein Werkzeug blank zu halten, schrieb er kunsthistorische Werke (unter den über fünfzig Titeln sind mehrere Standardwerke zur spanischen Malerei), sein schriftstellerisches Werk hingegen wird nur zögernd verlegt und ist kaum bekannt; das meiste ist vorläufig noch in der Schublade.

Ganz anders stellte sich das Zensurproblem für die nach dem Bürgerkrieg heranwachsende Schriftstellergeneration. Wussten die den Krieg mitkämpfenden und mitleidenden Intellektuellen nur zu genau, was sie schreiben wollten und mussten, aber dies nicht durften, so waren die Jungen vollständig ratlos und richtungslos, denn die Schriftsteller-Tertulias, wo sich die zukünftigen Literaten im Umgang mit den Meistern heranzubilden pflegten, waren zerschlagen, und das Verlagswesen lag darnieder. Wohl drängten die belastenden Kriegserlebnisse, die ihre Kindheits- und Jugendzeit geprägt hatten, zur Aussage, doch galt es vorerst abzutasten, wie die Zensur auf solche Berichte reagieren würde. Diese Unsicherheit erklärt vermutlich zu einem Teil, dass auffallend viele Kurzgeschichten und Romane der vierziger und frühen fünfziger Jahre in der ersten Person erzählte Kindheits- und Jugenderlebnisse sind. Der Ich-Erzähler färbt die Aussage persönlich, erhebt keinen Anspruch auf objektive Richtigkeit und allgemeine Gültigkeit seiner Aussagen, das Kind kann zudem die Tragweite seiner Beobachtungen, Aussprüche und Urteile nicht ermessen und auch nicht dafür verantwortlich gemacht werden. – Wo stehen heute diese Autoren, die mittlerweile ihre künstlerische Reife erlangt haben und auf der Höhe ihres Schaffens stehen? Einige sind ziemlich ungeschoren davongekommen: Camilo José Cela ist zu einem eigentlichen Aushängeschild des offiziellen Spanien geworden, und sein neuester Roman ‹San Camilo, 1936›, der in den ersten Bürgerkriegstagen spielt, zeigt, dass er sich sogar gewisse Freiheiten gestatten darf; Miguel Delibes, der wohl führende gegenwärtige Romancier, hat seinen Brotberuf nie aufgegeben und bewahrt sich so die innere Freiheit, nichts schreiben zu müssen, was er nicht vor sich selbst verantworten kann, was die Gelöstheit seiner Werke sicher zum Teil erklärt; Ana María Matute, die im Ausland wohl erfolgreichste Autorin, sagt, dass alles, was sie geschrieben habe,

angefangen von ihrem in Schulhefte geschriebenen Jugendroman bis zu ihren heutigen jeweils mit Spannung erwarteten Werken, so reibungslos verlegt worden sei, dass sie dieses äussere Glück sogar manchmal als Nachteil für ihre künstlerische Entwicklung empfinde. Die meisten Autoren jedoch leiden unter der Zensur, sie fühlen sich wie Vögel mit gestutzten Schwingen in engen Käfigen!

Antonio Buero Vallejo, der führende spanische Gegenwartsdramatiker, fasst seine Erfahrungen mit der Zensur diplomatisch in den Satz: «Es gibt viele Möglichkeiten zwischen Verbieten und Erlauben». Wenn zum Beispiel die Zensur zu viele Änderungen oder Abstriche verlangt, so bleibt dem Autor nichts anderes übrig, als sein Manuskript zurückzuziehen, wenn er sich nicht prostituieren will; – man kann dies dann als «freiwillig» bezeichnen. Ganz perfid ist natürlich die Methode, druckfertige Fahnenabzüge ohne Wissen des Autors noch zu ändern, eine Erfahrung, die zum Beispiel Jorge Ferrer-Vidal mit Kurzgeschichten machen musste. Eine Möglichkeit, Scherereien mit der Zensur zu vermeiden, sucht Buero Vallejo in seinem neuesten mit grossem Erfolg aufgeführten Stück ‹El sueño de la razón› über die letzten Lebensjahre Goyas: geschickt stellt er an einem geschichtlichen Thema dar, was er eigentlich über das moderne Spanien aussagen möchte – und das verständnisvolle Seufzen, das durch den Zuschauerraum geht, wenn auf der Bühne von der Zensur zu Goyas Zeiten die Rede ist, beweist, dass er verstanden wird. Den Umweg über die Geschichte, um das Wesen der heutigen spanischen Machthaber darzustellen, wählt zum Beispiel auch Francisco Ayala in seinem Kurzgeschichtenband ‹Los usurpadores›, und es ist bezeichnend, dass dieses 1951 in Buenos Aires erschienene Büchlein kürzlich in Spanien neu aufgelegt werden konnte. Francisco García Pavón formuliert seinen Ausweg mit der ihm eigenen Bildhaftigkeit: «Nach dreissig Jahren ist uns die Zensur in Fleisch und Blut übergegangen. Der Kompromiss ist schon in unseren Köpfen, bevor wir mit Schreiben anfangen. Ich weiss genau, dass Kirche, Regierung, Armee, Polizei usw. tabu sind...» Und auch wenn er es selber nicht einmal zugibt, so sind seine dörflichen Kriminalromane, mit denen er in den letzten Jahren bei Kritikern und Lesern grossen Anklang fand, eigentlich ein Ausweichen in weniger gefährliche Zonen. Juan Goytisolo, der wohl erfolgreichste Erzähler der jungen Generation, fing an, seine offenbar nicht genehmen Werke im Ausland zu publizieren, und seit er Lektor bei einem grossen Pariser Verlag ist, verhilft er auch seinen Leidensgenossen zu solchen Ausweichmöglichkeiten. Lauro Olmo hat sich für die Armut entschieden. Mit ‹La camisa›, das die Auswanderung der spanischen Arbeiter nach Mitteleuropa zum Thema hat, ist ihm zwar ein volksnahes Erfolgsstück gelungen, das ihn international bekannt gemacht hat, aber seither wird ihm ein Stück nach dem andern von der Zensur verboten, und er lebt mehr schlecht als recht von unbedeutenden Gelegenheitsarbeiten. Er ist ein eigentliches Opfer der Zensur geworden.

Vor zusätzlichen Verbotsmauern standen nach dem Bürgerkrieg die katalanischen und gallizischen Schriftsteller: alle Minoritätensprachen waren strengstens verboten, durften in den Schulen nicht gelehrt und vor allem

nicht gedruckt werden. Das Sprechverbot liess sich hingegen nicht durchsetzen. Schriftsteller, die sich nicht des offiziellen Kastilisch bedienten (das ihnen ja schliesslich wesensfremd war), waren von vornherein als staatsfeindlich und damit staatsgefährlich gestempelt und mussten ihre Werke in der Schublade lassen. Das zähe Ringen um die Anerkennung der Minoritätensprachen führte erst 1962 zu gewissen Lokkerungen der Druckverbote. Heute dürfen sie in den Schulen wieder gelehrt werden, und es gibt sowohl in Katalonien wie auch in Gallizien wieder eine eigenständige Literatur und entsprechende Literaturpreise. Zeitungen und Zeitschriften aber müssen nach wie vor kastilisch geschrieben sein.

Es ist nur zu verständlich, dass bei so widrigen äusseren Umständen viele Schriftsteller (und natürlich gerade die sensiblen) es vorziehen, ihr Brot anderweitig zu verdienen und das Schreiben – sofern sie es nicht ganz aufgeben – als gelegentliche Freizeitbeschäftigung zu betreiben. Können sie ein Buch veröffentlichen, wohlan; wenn nicht, auch gleich. Denn es bleibt ihnen ja nicht einmal der Trost, aus einem in Spanien verbotenen Manuskript im Ausland Kapital zu schlagen, indem man es zum Beispiel als «in Spanien von der Zensur verboten» kennzeichnet. Dazu sagt der junge Daniel Sueiro in seinem Vortrag: «Wir sehen uns manchmal vor dem grotesken Widerspruch, dass unsere Werke für spanische Leser äusserst gefährlich und für Ausländer gleichzeitig schrecklich harmlos sind». So sind in Spanien auffallend viele Schriftsteller hauptberuflich als Journalisten, Verleger, Mittel- oder Hochschullehrer (je nachdem natürlich auch als Ärzte, Juristen, Ingenieure usw.) tätig. Sie schreiben Zeitungsartikel, wissenschaftliche Essays oder Sachbücher und setzen ihren ganzen Künstlerstolz darein, die Gebrauchsprosa zum Kunstwerk zu machen. So kommt es, dass in Spanien selbst die Zeitungssprache auf überdurchschnittlich hohem Niveau steht und der Essay eine literarische Gattung geworden ist, die selbst in allgemeinen Literaturgeschichten Eingang gefunden hat.

Wenn eine stark kämpferische Haltung die Bürgerkriegsgeneration zu immer neuen Versuchen antrieb, sich trotz Zensur zu behaupten, und die Nachkriegsgeneration sich zur philosophischen Gelassenheit durchringen konnte, sich nach der Decke zu strecken und aus der Not eine Tugend zu machen, so hat sich der jungen Generation in den letzten Jahren eine auffallend tiefe Mutlosigkeit und Hoffnungslosigkeit bemächtigt. Etliche der heute Dreissig- und Vierzigjährigen, die kurz vor und nach 1960 mit vielversprechenden Erstlingswerken aufhorchen liessen und sowohl inhaltlich als auch formal neue Wege wiesen (zum Beispiel Ramón Nieto, Daniel Sueiro, Aquilino Duque, Isaac Montero usw.), sind heute bereits wieder verstummt. Sie haben allen Glauben und alle Hoffnung verloren, dass unter der gegenwärtigen Regierung wesentliche Verbesserungen ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen möglich sind und geben resigniert auf. «Es lohnt sich nicht», meint Daniel Sueiro, «wegen einem Roman, von dem (sofern alles gut geht) wenige tausend Exemplare verkauft werden können, so viele Unannehmlichkeiten und Gefahren auf sich zu nehmen». Diese Entwicklung ist ebenso schmerzlich wie alarmierend, denn es ist klar, dass das geistige Leben eines Landes verkümmern muss,

wenn die bedeutendsten jungen Talente der Schriftstellerei den Rücken kehren. Stagnation ist die unvermeidliche Folge, und daran krankt das heutige Spanien nur zu augenfällig. Wohl werden Therapievorschläge gemacht: am lautesten ist jetzt gerade der Ruf der kommenden Generation nach Anschluss an die ausländischen Strömungen. Nicht wenige der zwanzig- bis dreissigjährigen Schriftsteller, die heute zu publizieren anfangen, meinen aus der Sackgasse herauszufinden, indem sie sich «allgemein Menschlichem» zuwenden und die spanischen Probleme auf sich beruhen lassen. Vorläufig wird diese «Ausländerei» nicht eben ernst genommen und als modische Nachäfferei achselzuckend abgetan, doch wer weiss, ob es nicht ganz einfach ein neuer Versuch ist, die Zensur zu umgehen. Es bleibt abzuwarten, welche Früchte die neue Bewegung abwerfen wird. Und damit ist zugleich das Stichwort gefallen, das im vierten Jahrzehnt des Franco-Regimes alle Gespräche in Spanien über die geistige Situation des Landes beherrscht: man wartet ab. «Wenn einmal die Zensur vorbei ist, ...». Diese fatalistische Haltung, sich von der widrigen Gegenwart nicht anfechten zu lassen und sich von der Hoffnung auf eine (wenn auch möglicherweise ferne) bessere Zukunft zu nähren, hat in den letzten Jahren stark überhand genommen, und sie ist ja für Spanien recht charakteristisch, zieht sie sich doch wie ein roter Faden durch seine Geschichte – seit Senecas Zeiten...

*Erna Brandenberger*